
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

SCHWARZ-GRÜNER WORTBRUCH BELASTET JÄGERSCHAFT MASSIV

23.09.2015

„Unsere Botschaft an Schwarz-Grün: Hände weg von der Jagdverordnung! Wir sind der Überzeugung, dass die schwarz-grüne Landesregierung die bestehende Jagdverordnung dringend unangetastet lassen sollte. Denn erst in der vergangenen Legislaturperiode wurde das Jagdrecht in Hessen durch die Koalition von CDU und FDP angepasst. Die Änderungen wurden damals umfangreich mit den beteiligten Parteien, Verbänden und Institutionen abgestimmt. Die jetzigen Änderungen an der Rechtslage folgen jedoch rein koalitionstaktischen, ideologischen Erwägungen und orientieren sich nicht länger an sachlichen Argumenten. Wir haben großes Verständnis für den nachvollziehbaren Unmut der hessischen Jäger wegen der von Schwarz-Grün geplanten unverhältnismäßigen Eingriffe in das bestehende Jagdrecht: So sollen auf dem Wege der Verordnung die Zeiten der Bejagung immer weiter verändert und auch massive Einschränkungen vorgenommen werden, die die Jägerschaft immens belasten werden. Dies geschieht ausdrücklich entgegen dem Versprechen von Schwarz-Grün in Hessen, dass das Jagdrecht nicht angerührt werde. Für alle Jägerinnen und Jäger in Hessen, die sich auf die Aussagen im Rahmen des schwarz-grünen Koalitionsvertrages verlassen haben, ist dies ein Schlag ins Gesicht“, erklärte der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Florian RENTSCH.

Rentsch weiter:

„Die Freien Demokraten im Hessischen Landtag bekennen sich im Gegensatz zu Grünen und CDU nach wie vor ausdrücklich zur Privatjagd in Hessen: Dem Eigentümer steht das Jagdrecht auf seinem Grund und Boden zu und es ist mit dem Eigentum an Grund und Boden untrennbar verbunden. Die Jägerinnen und Jäger haben vor allem auch eine Fürsorgepflicht für ihr Revier. Die geplanten Änderungen in der Hessischen

Jagdverordnung unterstellen den Jägerinnen und Jägern jedoch, dass sie den Tierschutz nicht beachten, und sprechen ihnen damit ein Misstrauen aus, das nicht zu rechtfertigen ist. Doch die Jägerinnen und Jäger sind es, die die Hege und Pflege in ihrem Revier übernehmen. Und sie sind es, die bei Wildunfällen auch nachts zum Unfallort kommen und für Schäden an landwirtschaftlichen Flächen aufkommen. Das ganze Vorhaben ist schlussendlich ein riesen Misstrauensvotum gegenüber der Jägerschaft in Hessen.

Für uns steht fest, dass die Landschaftspflege, die umfangreiche, sachkundige Ausbildung, die verantwortungsvolle Waffenkunde und auch die Jugendarbeit der Jägerinnen und Jäger eine hohe gesellschaftliche Relevanz besitzen. Daher unterstützen wir auch ausdrücklich die Kundgebung der Jägerinnen und Jäger am kommenden Samstag in Wiesbaden.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de